

# Leitantrag

**FLINTA-Konferenz, Bündnis 90/Die Grünen Berlin am 11. Oktober 2025**

**Initiator\*innen:** FLINTA-Konferenz (dort beschlossen am: 11.10.2025)

**Titel:** Für ein feministisches und soziales Berlin

1 Unser Ziel für Berlin ist eine soziale Stadt, die niemanden zurücklässt. Frauen  
2 und Kinder sind am stärksten von Armut, Verdrängung und Ausgrenzung betroffen.  
3 Darunter sind insbesondere Alleinerziehende, People of Color, aber auch ältere  
4 Menschen, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete und prekär Beschäftigte  
5 besonders betroffen.

6 Die Diskriminierung von FLINTA und die mehrfachen Benachteiligungen sind dabei  
7 offensichtlich ein strukturelles Problem, dessen Überwindung unser Ziel sein  
8 muss. Um das zu erreichen, brauchen wir eine gleichmäßige Verteilung von  
9 Rechten, Ressourcen und Repräsentanz. Maßnahmen im Bereich Soziales, Gesundheit  
10 und Gewaltschutz zur Förderung der Gleichstellung können nur Brücken auf dem Weg  
11 zur Beendigung des Patriarchats sein.

12 Echte Gleichstellung ist erst dann erreicht, wenn Frauen an jedem  
13 Verhandlungstisch paritätisch vertreten sind und genau wie alle FLINTA in die  
14 Entscheidungsprozesse ernsthaft und unumgänglich einbezogen werden.

15 Dafür braucht es wirtschaftliche Unabhängigkeit durch gleichen Lohn für  
16 gleichwertige Arbeit und die Möglichkeit, Lebensentscheidungen frei von  
17 gesellschaftlichen Zwängen, selbstbestimmt und informiert über alle Auswirkungen  
18 auf Karriere, Familienplanung und Altersvorsorge zu treffen. Es braucht eine  
19 selbstverständliche, gerechte Aufteilung von Sorgearbeit und eine verlässliche  
20 Versorgungsstruktur. Deshalb braucht es dringend einen intersektionalen<sup>[1]</sup>  
21 feministischen Blick auf Sozialpolitik. Feministische Sozialpolitik beeinflusst

22 zahlreiche Lebensbereiche, wie Gleichstellung, Familienpolitik, Wohnungspolitik,  
23 Pflege und Bildung.

24 **Zugängliche und gendersensible Sozialeinrichtungen**

25 Berlin hat bereits zahlreiche Sozialeinrichtungen, die wohnungslose FLINTA  
26 (Frauen, Lesben, inter, nicht-binären, trans\* und agender Personen) helfen oder  
27 sie darin unterstützen, eine neue Wohnung zu finden. Einrichtungen, die  
28 gewaltbetroffene FLINTA beraten und queere und trans Personen unterstützen.  
29 Berlin verfügt über eine Infrastruktur an Kitas und Kinderläden. Das alles, auch  
30 dank unseres grünen Einsatzes in Land und Bund für eine soziale Stadt.

31 Angesichts des sozialen Kahlschlags der Berliner Schwarz-Roten Koalition leiden  
32 aber die meisten dieser Einrichtungen gerade an den starken Kürzungen des  
33 schwarz-roten Senats, die ihr Weiterbestehen gefährden. Viele Einrichtungen sind  
34 überfordert von der Bürokratie und können deswegen nicht die notwendige Hilfe  
35 anbieten. Gerade Alleinerziehende benötigen aber flexible Betreuungsangebote.  
36 Wir Grüne setzen uns darum für ein Gutscheinsystem für Betreuung und  
37 haushaltsnahe Dienstleistungen ein, um die Vereinbarkeit von Sorgearbeit und  
38 Erwerbsarbeit zu erleichtern.

39 Wir brauchen funktionierende Sozialämter, die niederschwellig Hilfe anbieten und  
40 in den meistgesprochenen Sprachen dieser Stadt beraten können. Dabei müssen  
41 Unterstützungsangebote gebündelt werden. Wir setzen uns für digitale Verfahren  
42 ein, die die Arbeit und Antragsstellung erleichtern. Denn in den nächsten Jahren  
43 gehen viele Angestellte der Sozialämter in Rente dessen Nachbesetzung zum bisher  
44 ungelösten Problem wird und mit einfacheren Verfahren und kluger Personalakquise  
45 gegensteuern. Denn: Dieser Personalmangel in der Verwaltung ist ein  
46 Armutsriskiko. So verlieren Menschen Wohnungen, weil die Sozialämter die Miete  
47 nicht verlässlich zahlen oder die Bewilligung der Hilfe zur Pflege über 12  
48 Monate braucht. Damit die Sozialberatung effektiv wirkt, müssen Sozialämter gut  
49 arbeiten können. Der Senat streicht aktuell 200.000€ bei den unabhängigen  
50 Sozialberatungen und schwächt die Ärmsten. Dabei muss Sozialhilfe zugänglich und  
51 gendersensibel gestaltet sein. Außerdem müssen wir Anschlüsse schaffen für  
52 Menschen, die aus dem System fallen, weil sie beispielsweise Einrichtungen  
53 verlassen müssen.

54 **Armut bekämpfen – feministisch und gerecht**

55 Armut beginnt nicht erst bei Obdachlosigkeit. Alter, Geschlecht und  
56 Fürsorgeverpflichtungen stellen ein erhebliches Risiko für Armut dar. Armut ist  
57 oft das Ergebnis struktureller Benachteiligung, die sich entlang von Geschlecht,

58 Alter, Bildung und Haushaltsform zeigt. In wenigen Ländern wird Reichtum und  
59 Armut so stark vererbt wie in Deutschland. Insbesondere FLINTA mit unsteten  
60 Erwerbsbiografien – etwa durch Zeiten unbezahlter Sorgearbeit oder  
61 Teilzeitanstellung – sind besonders gefährdet, in temporärer oder dauerhafter  
62 Armut zu leben. Weder unser Steuer- noch unser Sozialversicherungssystem, noch  
63 unsere Arbeitsmarktförderung oder unser Bildungs- und Ausbildungssystem  
64 berücksichtigen die vielfältigen Herausforderungen für FLINTA-Personen  
65 ausreichend, sondern behindern systematisch die eigenständige Existenzsicherung  
66 von FLINTA. Deswegen brauchen wir gezielte Fördermaßnahmen für FLINTA mit  
67 unterbrochenen Erwerbsverläufen. Auch Bildungs- und Ausbildungsangebote  
68 (beispielsweise Teilzeitausbildung) müssen insbesondere für Mütter – und hier  
69 vor allem Alleinerziehende, denn ihr Armutsrisiko ist noch dreimal höher –  
70 geschaffen werden. Wir brauchen eine Offensive für alle Fragen der Vereinbarkeit  
71 von Familie und Beruf bzw. Aus- und Weiterbildung. Der 10. Familienbericht hat  
72 dank Familienministerin aD Lisa Paus erstmalig speziell die Situation von  
73 Allein- und Getrennterziehenden in den Blick genommen. Sie sind auf verlässliche  
74 Kinderbetreuung angewiesen und haben höhere finanzielle Belastungen durch  
75 verteuerte Haushaltungsführung. Es braucht eine Reform des Mehrbedarfs, sowohl im  
76 Steuer-, als auch im Sozialrecht. Im Bund haben wir darum den steuerlichen  
77 Entlastungsbetrag für Alleinerziehende deutlich erhöht. Die größte  
78 Kindergelderhöhung seit den 1990er Jahren, der monatliche Sofortzuschlag für von  
79 Armut betroffene Kinder und Jugendliche und die Erhöhung des  
80 Unterhaltsvorschusses, schaffen für Alleinerziehende und ihre Kinder spürbare  
81 Entlastung. Wir setzen uns weiter für die Einführung eines Umgangsmehrbedarfs,  
82 die hälftige Anrechnung des Kindergeldes beim Unterhaltsvorschuss,  
83 Steuergutschriften für Alleinerziehende und eine Neuberechnung des  
84 sozioökonomischen Existenzminimums von Kindern ein. Um Kinderarmut wirksam zu  
85 bekämpfen, braucht es einen Systemwechsel zur Kindergrundsicherung, in der alle  
86 wesentlichen Leistungen zusammengeführt werden. Denn jedes Kind hat das Recht,  
87 mit dem aufzuwachsen, was es braucht.

88 In der Armutsbekämpfung ist die Berücksichtigung mentaler Gesundheitsaspekte  
89 unabdingbar. Denn Armut bedeutet oft chronischer Stress, Isolation und eine hohe  
90 psychische Belastung – mit teils gravierenden gesundheitlichen und  
91 gesellschaftlichen Folgen. Wir brauchen außerdem ein vertieftes Verständnis von  
92 Familienarmut, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Frauen sind besonders von  
93 Altersarmut betroffen und erhalten im Schnitt 35 % weniger Rente als Männer. Die  
94 geplante Mütterrente III der schwarz-roten Bundesregierung ist völlig  
95 fehlgeleitet, denn durch die Verrechnung der Mütterrente mit der Grundsicherung  
96 kommt bei den Menschen, die am dringendsten zusätzliche Unterstützung benötigen,  
97 kein Cent mehr auf dem Konto an.

98 Statt teurer Symbolpolitik fordern wir Grüne eine strukturelle Antwort auf  
99 Altersarmut, die bei den Menschen ankommt: die Garantierente. Sie sichert

101 Menschen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der  
102 Grundsicherung. Zeiten für Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen  
103 werden anerkannt und angerechnet. So werden Menschen mit kleinen Renten gezielt  
104 unterstützt. Insgesamt braucht es ein gesellschaftliches und politisches  
105 Umdenken: Armut ist nicht selbstverschuldet, kein individuelles Versagen,  
106 sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit und ein Systemversagen.

107 Zu einer feministischen Sozialpolitik muss auch eine gerechte  
108 Gesundheitsversorgung gehören, für die wir Grüne uns einsetzen. Dazu gehört eine  
109 solidarische, barrierefreie und gerechte Gesundheitsversorgung und die  
110 kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen  
111 Einrichtungen, kostenfreie Verhütungsmittel, mehr Aufklärung zu den  
112 Wechseljahren, bessere Versorgung bei Endometriose und geschlechtersensible  
113 Gesundheitsforschung – Forderungen, für die wir Grüne uns schon seit Jahren  
114 einsetzen. Dass der schwarz-rote Senat den Hebammenstudiengang an der Charité um  
115 die Hälfte einstampft, blockiert die Forschung für Frauengesundheit. Mit dieser  
116 Kürzung wird es keinen Master geben, keine Promotionen und damit kein tieferes  
117 Wissen über Schwangerschaften und Prävention durch Hebammen.

118 Armut ist ein Gesundheitsrisiko, insbesondere für Kinder. Daher muss gesündere  
119 Ernährung in Schulen sichergestellt, das kostenlose Sportangebot für Kinder  
120 ausgeweitet werden und insbesondere das Angebot für sportliche Aktivitäten, die  
121 auch für Mädchen interessant sein können, breiter aufgestellt werden.  
122 Beispielsweise nehmen Jungen öfter an günstigen Vereinssportarten wie Fußball  
123 teil, während von Mädchen präferierte Sportarten weniger Förderung und  
124 Räumlichkeiten erhalten. Ein intersektionaler Blick ist unabdingbar, um  
125 anzuerkennen, wie Krankheit, Behinderung oder Herkunft Faktoren sind, die das  
126 Armutsrisko erhöhen. Diese Perspektive wollen wir in allen politischen  
127 Maßnahmen berücksichtigen.

128 Frauen arbeiten in systemrelevanten und trotzdem schlechter bezahlten Berufen  
129 oder erfahren Diskriminierung beim Gründen. Auch erben Frauen weniger und haben  
130 höhere Lebenshaltungskosten. Dies führt dazu, dass Frauen schwieriger Vermögen  
131 aufbauen und fürs Alter vorsorgen können. Traditionelles Rollendenken verstärkt  
132 zudem, dass sich Frauen im Schnitt weniger über Finanzen und Vermögensaufbau  
133 bilden oder dieses Wissen weniger anwenden. Das beste Mittel gegen Armut und für  
134 eine verlässliche Altersvorsorge sind gute Löhne. Deshalb fördern wir  
135 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und verbessern insbesondere die  
136 Erwerbsmöglichkeiten für FLINTA durch gleiche und faire Löhne, verlässliche  
137 Kinderbetreuung, zeitgemäße Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von  
138 Erwerbstätigkeit und Leben, sowie eine einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit.

139 Gleichzeitig setzen wir uns für eine feministische Finanzbildung sowie für eine

140 gerechte Steuerpolitik ein. Das Ehegattensplitting zementiert soziale  
141 Ungleichheit und traditionelle Geschlechterrollen. Es wirkt sich besonders  
142 ungerecht auf die Sozialversicherungsbeiträge aus: Trotz hoher Beitragszahlungen  
143 erhalten Klasse-V-Zahlerinnen deutlich geringere Leistungen. Das widerspricht  
144 fundamental dem Äquivalenzprinzip. In Krisenzeiten kommt dafür die Rechnung. Das  
145 Ehegattensplitting setzt in Zusammenspiel mit Minijobs und der kostenlosen  
146 Mitversicherung von Partner\*innen, die wenig verdienen, Anreiz, nicht  
147 erwerbstätig zu sein. Die Folgen werden spätestens in Krisen wie Trennung,  
148 Scheidung und Tod des Partners deutlich. Wir Grüne setzen uns für  
149 gleichberechtigte Lebensentwürfe ein. Wir wollen das Ehegattensplitting  
150 grundlegend reformieren und für Neuehen abschaffen und durch eine individuelle  
151 Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag ersetzen.

152 **Gewaltschutz stärken – wirksamer Schutz für alle FLINTA**

153 Ein intersektionaler Ansatz ist auch im Gewaltschutz zentral. Gerade FLINTA mit  
154 Mehrfachdiskriminierung müssen wir besser vor Gewalt schützen. Wir Grüne setzen  
155 uns seit Langem und auf allen Ebenen für effektiven Schutz von  
156 geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Es ist nicht hinnehmbar, dass  
157 durchschnittlich jeden Monat in Berlin eine Frau von einem Mann getötet wird.  
158 Wir wollen schnellstmöglich den bestmöglichen Gewaltschutz für FLINTA in Berlin.  
159 Im Abgeordnetenhaus von Berlin haben wir einen 5-Punkte-Plan zur Verhinderung  
160 von Femiziden und zum besseren Schutz von FLINTA vor Gewalt vorgelegt. Der grüne  
161 Druck aus der Opposition hat gewirkt. Fast alle unsere grünen Forderungen, wie  
162 die Einführung von interdisziplinären Fallkonferenzen, die Ausweitung der  
163 Wegweisungsdauer und weitere wichtige Punkte wurden von der schwarz-roten  
164 Koalition im Gesetzgebungsverfahren aufgenommen. Außerdem fordern wir mehr  
165 Beratungsstellen und Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie  
166 gezielte Präventionsarbeit. Dank uns gibt es nach Jahrzehnten der Diskussion  
167 endlich ein bundesweit geltendes Gesetz, das ein Recht auf Schutz und Beratung  
168 für gewaltbetroffene Frauen verankert und die Bundesländer beim Ausbau eines  
169 flächendeckenden Netzes der Gewalthilfe unterstützt. Das durch uns Grüne  
170 erkämpfte bundesweite Gewalthilfegesetz verankert den Rechtsanspruch auf  
171 unbürokratische und kostenlose Hilfe und Beratung ab 2032. Die dafür zur  
172 Verfügung gestellten Bundesressourcen ermöglichen, die Hilfsinfrastruktur  
173 passgenau und bedarfsgerecht auszubauen: Mit Schutz-, Beratungs- und  
174 Unterstützungsangeboten für Gewaltbetroffene, aber auch für  
175 Präventionsmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Unterstützung von  
176 Vernetzungsarbeit innerhalb des Hilfesystems, mit Behörden, Polizei, Justiz und  
177 relevanten Einrichtungen. Die Möglichkeiten sind groß und es ist Zeit, dass  
178 Berlin etwas passendes daraus macht. Wir Grüne fordern einen Prozess zur  
179 vielfaltssensiblen Bedarfsermittlung in enger Zusammenarbeit mit den  
180 Anlaufstellen des Hilfesystems, darunter den Beratungsstellen, Frauenhäusern und  
Sozialträgern, der Gewaltschutzbüro, sowie der neuen Anlaufstelle für

182 gewaltbetroffene Frauen der Bundespolizei am Berliner Ostbahnhof. Ziel sind mehr  
183 niedrigschwellige Beratungsstellen, Frauenhausplätze, Schutzwohnungen und  
184 Hilfsangebote, barrierefrei und in mehreren Sprachen, sowie gezielte  
185 Präventionsarbeit und effiziente Zusammenarbeit von Hilfsinfrastruktur, Justiz,  
186 Polizei und Verwaltung. Dafür müssen die durch das Gewalthilfegesetz zur  
187 Verfügung gestellten Gelder müssen zusätzlich und effizient in unserer Stadt  
188 genutzt werden. Wir setzen uns ein für ein Berlin ohne Femizide und ein sicheres  
189 Leben für alle FLINTA.

190 Stattdessen kürzt der Schwarz-Rote Senat gerade in diesem Bereich weiter: Für  
191 das Jahr 2026 sind im SPD-Gleichstellungsbereich durch den Senat Kürzungen in  
192 Höhe von 2,574 Mio. Euro geplant. So sollen unter anderem durch pauschale  
193 Kürzungen bei allen Frauenprojekten von durchschnittlich 2% gegenüber der  
194 Förderung 2025 umgesetzt werden. Im Justizbereich werden seit Amtsübernahme  
195 durch die CDU Opfer- und Gewaltschutzbereich mehr als 4,5 Mio  
196 zusammengestrichen. Das ist nicht mit der eklatanten Zunahme  
197 geschlechtsspezifischer Gewalt vereinbar.  
198 Das bedeutet, dass das Weiterbestehen aller Gleichstellungs- und  
199 Gewaltschutzangebote in Berlin gefährdet ist. Das wird massive Versorgungslücken  
200 und längere Wartezeiten besonders für FLINTA in Not zur Folge haben.

## 201 **Unsichtbare Obdach- und Wohnungslosigkeit bei FLINTA**

202 Obdach- und wohnungslose FLINTA sind häufig von Mehrfachdiskriminierung  
203 betroffen. Sie bleiben oft unsichtbar, da ihre Wohnungslosigkeit sich maßgeblich  
204 von der als Norm gesetzten Obdachlosigkeit von Männern unterscheidet – so kommen  
205 wohnungslose FLINTA oft zeitweise bei Bekannten unter, sodass sie im Stadtbild  
206 und in Unterkünften für obdachlose Personen weniger sichtbar sind. Außerdem  
207 bleiben FLINTA vermehrt in prekären Wohnverhältnissen, unter anderem bei  
208 gewaltbereiten Partnern, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Wenn FLINTA aus  
209 gemeinsamen Wohnungen ziehen, weil der Partner gewalttätig ist, verlieren sie  
210 oft den Anspruch auf Vermittlung in eine andere Wohnung durch Sozialbehörden.  
211 Vor allem Mütter, die mit gemeinsamen Kindern die Wohnung verlassen müssen,  
212 stehen kurz vor der Obdachlosigkeit, da wir keine ausreichenden Frauenhausplätze  
213 haben. Dafür braucht es rechtliche Lösungen: Zum einen muss sichergestellt  
214 werden, dass der gewalttätige Partner derjenige ist, der die Wohnung verlassen  
215 muss. Das Gewaltschutzgesetz schafft Grundlage für Wegweisungen und  
216 Kontaktverbote. Andererseits muss gewährleistet werden, dass Frauen Anspruch auf  
217 eine andere Wohnung erhalten. Mütter sollten außerdem auch bei der Finanzierung  
218 von größeren Wohnungen unterstützt werden.

219 Wir brauchen faire Lösungen für Wohnungslosigkeit. Die letzte Bundesregierung  
220 hat unter bündnisgrüner Beteiligung mit dem Nationalen Aktionsplan

221 Wohnungslosigkeit 2024 den richtigen und dringend notwendigen Weg eingeschlagen.  
222 Er eröffnete die Chance, dem Ziel näherzukommen, Wohnungslosigkeit in  
223 Deutschland bis 2030 zu überwinden. Geschützte Marktsegmente müssen erweitert  
224 und ein Teil für FLINTA sichergestellt werden. Dazu ist auch die Neue  
225 Wohngemeinnützigkeit ein wichtiges Instrument, langfristig und dauerhaft  
226 günstigen Mietwohnraum zu schaffen. Unternehmen sollen vom Bund Unterstützung  
227 erhalten für Neubau, Modernisierung und Ankauf. Die Bundesregierung hat jetzt  
228 die Chance, ihre Fehler, der 90er Jahre rückgängig zu machen und in einen  
229 dauerhaft bezahlbaren gemeinnützigen Sektor auf dem Wohnungsmarkt zu  
230 investieren. Berlin muss gemeinsam mit dem Bund Wege finden, die Finanzierung  
231 der Kosten der Wohnungsgewinnung abzusichern. Ebenso wichtig ist der Aufbau  
232 eines überkommunalen Best-Practice-Austauschs – gezielt für die Verwaltungen in  
233 den Bezirken. Nur so können erfolgreiche Ansätze – von wirksamer Prävention bis  
234 hin zu Housing First Projekten – verbreitet und dauerhaft verankert werden. Auf  
235 Bundesebene ist darum besonders wichtig, dass die Haushaltssmittel für die  
236 wichtige Arbeit, insbesondere der Bundesarbeitsgemeinschaft für  
237 Wohnungslosenhilfe und des Housing First Bundesverbandes im Bundeshaushalt,  
238 verstetigt werden.

239 Es sollte reduzierte Kautionen für Alleinerziehende geben. Außerdem brauchen wir  
240 barrierefreie Frauenunterkünfte und Unterkünfte, die rund um die Uhr geöffnet  
241 sind. Besonders Unterkünfte für FLINTA mit Kindern sind zentral, da viele  
242 gewaltbetroffene FLINTA die gemeinsame Wohnung mit ihren Kindern verlassen,  
243 viele Unterkünfte jedoch keine Kinder aufnehmen, sodass diese auf sich allein  
244 gestellt sind. Notwendig sind auch spezialisierte Unterkünfte für psychisch  
245 erkrankte und suchtmittelabhängige FLINTA. Wohnen ist die soziale Frage unserer  
246 Stadt. Deshalb setzen wir uns mit einem Eckpunkteplan für bezahlbare und schöne  
247 Wohnungen ein.

248 Insgesamt braucht es einen Wandel im Bild von Obdach- und Wohnungslosigkeit und  
249 eine Entstigmatisierung von wohnungslosen Menschen.

## 250 **Vergeschlechtlichte Pflege- und Sorgearbeit**

251 Kinder und Jugendliche, die ihre Eltern pflegen, bleiben oft unsichtbar, um so  
252 wichtiger ist es, bestehende Angebote für diese sogenannten Young Carer zu  
253 stärken.

254  
255 Berlin ist divers, pflegebedürftige Menschen in Berlin sind dies auch. Wir  
256 setzen uns dafür ein, dass sie gendersensible, kultursensible und queersensible  
257 Pflegeangebote vorfinden.

258  
259 Pflegearbeit ist ein zentraler Bereich feministischer Sozialpolitik – sowohl

260 bezahlte als auch unbezahlte Pflege wird überwiegend von Frauen übernommen.  
261 Infolge der Alterung der Gesellschaft werden in Deutschland bis zum Jahr 2049  
262 voraussichtlich zwischen 280.000 und 690.000 Pflegekräfte fehlen (Statistisches  
263 Bundesamt). Schon heute werden 86% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt. Rund  
264 jede achte erwerbstätige Frau pflegt regelmäßig neben der Erwerbsarbeit andere  
265 Personen. Pflegende An- und Zugehörige geraten an die Grenze ihre Belastbarkeit  
266 – sie stemmen den Großteil der Versorgung, oft ohne ausreichende Unterstützung  
267 oder Entlastung. Pflegedienste oder -heime können nicht mehr die nötige  
268 professionelle Unterstützung bieten. Dabei sind Sorgeverantwortungen ein großes  
269 Armutsrisko für Frauen. Um eine bessere Pflegeversorgung in unserer Stadt  
270 sicherzustellen, sind mehrere Faktoren notwendig. So müssen bürokratischer  
271 Hürden bei der Beantragung von Pflegeleistungen abgebaut werden. Außerdem muss  
272 der Pflegekräftemangel bekämpft werden, etwa durch bessere Arbeitsbedingungen  
273 und faire Bezahlung, sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

274 Grundsätzlich bleibt die Vereinbarkeitsfrage weiterhin eine zentrale Frage im  
275 Bereich der feministischen Sozialpolitik. Es ist Zeit für eine Pflegereform, um  
276 Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz zusammenzuführen und auf eine  
277 Lohnersatzleistung für pflegende An- und Zugehörige hinzuwirken. Im Bund haben  
278 wir mit dem Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz dafür gesorgt, dass die  
279 Leistungsbeträge der Pflegeversicherung in den kommenden Jahren schrittweise  
280 angehoben werden. Das entlastet pflegebedürftige Menschen finanziell. Wir haben  
281 erreicht, dass pflegende Angehörige an bis zu zehn Tagen im Kalenderjahr einen  
282 Anspruch auf Lohnersatz – das sogenannte Pflegeunterstützungsgeld – haben, wenn  
283 sie wegen der Pflege nicht zur Arbeit gehen können. Die missratene Pflegepolitik  
284 von Schwarz-Rot darf nicht auf dem Rücken der Pflegebedürftigen und ihrer  
285 pflegenden Angehörigen ausgetragen werden. Der Pflegegrad 1 muss dringend  
286 erhalten bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Betreuungskosten sowie Kosten  
287 für Haushaltshilfen und haushaltsnahe Dienstleistungen umfangreich von der  
288 Steuerabsetzbar sind. Ein erheblicher Teil der sogenannten 24-Stunden-Pflege  
289 findet nach wie vor informell als „Schwarzarbeit“ statt oder aber in Form eines  
290 breiten Spektrums von Arrangements in einer großen ‚Grauzone‘. Mit Blick auf den  
291 demografischen Wandel sind neue Strukturen in der Pflege dringend notwendig, die  
292 einerseits die Pflege zuhause ermöglichen, aber andererseits eine  
293 menschenwürdige Beschäftigung unter Einhaltung von Mindestlohn, Arbeitszeit- und  
294 Arbeitsschutz garantiert. Beschäftigte brauchen zudem mehr Zeitsouveränität und  
295 flexiblere Arbeitszeitmodelle. Dazu gehört auch die Möglichkeit, im Homeoffice  
296 und mobil zu arbeiten – mit klaren Regeln und fairen Absprachen.

297 Eine gute Kinderbetreuung und ein verlässliches Pflegesystem mit ausreichend  
298 Tages- und Kurzzeitpflege sind wesentliche Voraussetzungen für die  
299 Erwerbstätigkeit aller Erziehenden und Pflegenden. Angesichts unserer alternden  
300 Gesellschaft braucht es eine grundlegende Neuausrichtung der Sorge- und  
Pflegepolitik. Mit einer kommunalen Pflegestrukturplanung soll das Land Berlin

302 eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und regional abgestimmte pflegerische  
303 Versorgung sicherstellen mit gemeinwohlorientierten Pflegestrukturen. Wir Grüne  
304 wollen Berlin als sorgende Stadt begreifen und gestalten: Eine Stadt, in der die  
305 relevanten Care-Aufgaben nicht an Einzelpersonen, in aller Regel Frauen, hängen  
306 bleiben. In einer sorgenden Stadt sind Frauen nicht Alleinverantwortliche für  
307 Sorgeverantwortungen, sondern diese werden von der Stadt getragen und als  
308 gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden.